# Amts- und Anzeigeblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock

und dessen Umgebung.

**Abonnement** viertelj. 1 M. 20 Pf. einschließl. des „Illustr. Unterhaltungsbl." u. der Humor. Beilage „Seifenblasen" in der Expedition, bei unsern Boten sowie bei allen Reichspostanstalten.

**Erscheint** wöchentlich drei Mal und zwar Dienstag, Donnerstag u. Sonnabend. Insertionspreis: die kleinspaltige Zeile 12 Pf. Im amtlichen Theile die gespaltene Zeile 30 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

49. Jahrgang.

**№ 134.** Donnerstag, den 13. November **1902.**


## 12. öffentliche Sitzung des Stadtverordneten-Collegiums

**Freitag, den 14. November 1902, Abends 8 Uhr**
**im Sitzungssaale des Rathhauses.**

Eibenstock, am 12. November 1902.

**Der Stadtverordneten-Vorsteher.**
**G. Diersch.**

**Tagesordnung:**

1) Bestimmung der Mittel zur Deckung einiger bereits bewilligter Ausgaben.
2) Erwerbung eines Grundstückstheiles am Reutherwege.
3) Beschlußfassung wegen Anstellung eines städtischen Bausachverständigen.
4) Desgleichen wegen der Feier des 50jährigen Jubiläums der städtischen Sparkasse.
5) Uebernahme einer aus der Anlage von ordnungsmäßigen Fußwegen auf der Hauptstraße entstehenden bleibenden Verbindlichkeit.
6) Festsetzung der Baufluchtlinie für die Schneebergerstraße.
7) Legung der Wasserleitung nach dem Grundstücke Parzelle Nr. 476, Besitzer Hr. Baumeister Bochmann-Zschorlau.
8) Fußwegherstellung im Jahre 1903 betr.
9) Bearbeitung des Bebauungsplanes für die Grundstücke an der Carlsbaderstraße.
10) Wahl der Wahlgehilfen für die diesjährige Stadtverordnetenwahl.
11) Beschlußfassung wegen Herstellung einer Eisbahn.

Hierauf geheime Sitzung.

## Quertreibereien.

Während die rechtsstehenden Parteien bestrebt sind, die zweite Lesung des Zolltarifs im Reichstage zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen, damit an der Hand der Reichstagsbeschlüsse geprüft werden könne, auf welchem Wege eine annehmbare Verständigung mit den verbündeten Regierungen über das Tarifwerk für die dritte Lesung herbeizuführen ist, wüthet die Linke mit allen Mitteln einer zügellosen Opposition gegen das Zustandekommen der Tarifvorlage. Eine sachliche Fortführung der Debatten erscheint nahezu ausgeschlossen, so lange die Quertreibereien der Obstruktionisten ungehindert ihre Wirkung auszuüben im Stande sind. Das Vorgehen der vereinigten Parteien der Linken ist unsachlich, da natürlich weder die Dauerreden sozialistischer Leuchten, welche vom Hundertsten ins Tausendste schweifen, noch die namentlichen Abstimmungen einen andern praktischen Zweck haben können, als den Gang der parlamentarischen Geschäfte aufzuhalten und die Tarifvorlage zu verschleppen. Daß in der That nur parteipolitische Taktik die treibende Kraft bei den Vorstößen der Linken ist, lassen mancherlei Anzeichen erkennen. So verdient es angemerkt zu werden, daß die großen freisinnigen Blätter Berlins in ihren politischen Auslassungen an dem Tarife keinen guten Faden lassen und seine baldigste Preisgabe verlangen, gleichzeitig aber — häufig in derselben Nummer — im Börsentheile von einer Aufbesserung der Kurse und einer Belebung der Umsätze reden, wenn wieder einmal Nachrichten vorliegen, die der zwischen den Regierungen und der Rechten schwebenden Verständigungs-Aktion günstige Aussichten eröffnen. Die Börse beurtheilt demnach den Nutzen des Zolltarifs in seiner Umgestaltung als ersprießlich, während die Börsenpresse ihn als ein völlig unbrauchbares Instrument für neue Vertragsverhandlungen lieber heute als morgen zu den Todten werfen möchte.

Der Obstruktionstaktik aber kann man nicht einmal nachrühmen, daß sie den kriegführenden Parteien selbst zum Heile ausschlagen wird. Die Art, welche die Tarifvorlage nach dem Willen der Linken zu Fall bringen soll, bedroht nämlich, wie nicht zu verkennen, nicht nur die Wurzeln des gesammten Parlamentarismus, sondern auch die eigenen Schutzhütten der Demokratie. Letztere pocht mit Eifersucht auf den ungeschmälerten Fortbestand aller Rechte der Volksvertretung gegenüber der Regierungsgewalt, treibt aber dabei ein gefährliches Spiel, indem sie es den verantwortlichen Organen in jeder Weise erschwert, den unerläßlichen Verwaltungspflichten nachzukommen. Wenn der Gesetzgeber auch bei andern Gelegenheiten, beispielsweise bei wichtigen Etatsfragen, durch die Steinwürfe der Minderheit an einer ordnungsmäßigen Erledigung seiner Aufgaben verhindert wird, dann könnte einmal ein Zeitpunkt kommen, wo die praktischen Konsequenzen aus dem jüngst von Wien aus verbreiteten Worte des Reichskanzlers gezogen werden: „In Deutschland hat die Macht des Parlaments eine Grenze an der größern Macht der Monarchie!" Für das sinnlose Wüthen der Linken ist es jedenfalls charakteristisch, daß sie selbst nicht wahrzunehmen scheint, wie sie im Begriff ist, den Ast abzusägen, auf welchem sie sitzt.

## Tagesgeschichte.

— Deutschland. Die Vorgänge im Reichstage bieten gegenwärtig ein beschämendes Schauspiel dar. Am Sonnabend mußte wieder einmal Beschlußunfähigkeit festgestellt werden. Am Montag wurde die zweite Lesung des Zolltarif-Gesetzes fortgesetzt. Die Sitzung dauerte nur drei Stunden. Ihr ganzer Inhalt bestand aus namentlichen Abstimmungen. Es handelt sich bei dem § 5, der die zollfreien Gegenstände in 14 Nummern aufzählt, um eine ganze Anzahl socialdemokratischer Anträge und um Anträge der Abgg. Gothein (Freis. Vgg.) und Dr. Müller-Meiningen (Frs. Vpt.). Bei den ersten vier namentlichen Abstimmungen schwankte die Zahl der anwesenden Abgeordneten zwischen 224 und 219. Die gegen die Anträge stimmende Mehrheit des Centrums und der Rechten betrug rund 160. Bei der fünften namentlichen Abstimmung hielt auch die Mehrheit nicht mehr Stand. Es stimmten nur noch 191 Abgeordnete, darunter 149 mit Nein und 42 mit Ja. Die Sitzung wurde gegen 4 Uhr abgebrochen.

— Alle Versuche, politische Motive dem Besuch des Kaisers in England zu unterschieben — die „Daily News" und andere Londoner Zeitungen fabuliren von dem Wunsch einer „Gegenleistung" für die englisch-portugiesischen Abmachungen —, werden an den Berliner amtlichen Stellen als durchaus unglaubwürdig zurückgewiesen. Ebenso müßig erscheinen andererseits die Betrachtungen der englischen Presse, ob Deutschland es aufrichtig meine mit der Freundschaft und den Grundsatz der gegenseitigen Achtung anerkenne. Solche Erörterungen führen ja doch zu keinem praktischen Ergebniß, oder allenfalls dazu, daß auf deutscher Seite die Gründe der Entfremdung erörtert werden, was ohne unliebsame Reminiscenzen nicht möglich ist. Der Kaiser hat, auch nach unbeeinflußten Berichten, eine sehr herzliche Aufnahme gefunden. Das ist gewiß geeignet, vorhandene Sympathien zu stärken und Antipathien gegen England zu mildern. Die Herstellung eines guten Einvernehmens zwischen Volk und Volk muß der ausgleichenden Zeit überlassen bleiben.

— Zu der jetzt vielfach erörterten Haftpflichtfrage für den Fall, daß Kinder durch Spielen mit Schießgewehren Unheil anrichten, hat nach einer Mittheilung der Zeitschrift „Das Recht" das Reichsgericht nachfolgenden Rechtssatz aufgestellt. „Wenn ein Vater das Spielen seiner Kinder und deren Genossen mit Schießgewehren duldet und nach seinem Bildungsgrad im Stande ist, die Gefährlichkeit des Schießens für die im angrenzenden Grundstück sich aufhaltenden Personen zu erkennen, so genügt er seiner Aufsichtspflicht nicht; es ist nicht erforderlich, daß er sich den Eintritt gerade aller derjenigen Thatsachen vergegenwärtigen konnte, die in Verbindung mit dem von ihm geduldeten Schießen den Unfall herbeigeführt haben."

— Der berühmteste Vertreter der französischen medizinischen Wissenschaft auf der Internationalen Tuberkulose-Konferenz zu Berlin, Professor Brouardel, hat auch nach seiner Rückkehr zu Hause gepriesen, wie Deutschland in der Bekämpfung der Tuberkulose gerade durch seine Arbeiterversicherungs-Gesetzgebung am weitesten fortgeschritten sei. Einem Vertreter des „Matin" gegenüber hob Prof. Brouardel hervor, in Deutschland werde der Kampf gegen die Tuberkulose nicht blos durch hohe Persönlichkeiten mit der Kaiserin an der Spitze geführt, sondern auch durch die Versicherungsanstalten. Im Deutschen Reiche sei bekanntlich die Versicherung gegen Krankheit, Unfall, Invalidität und Alter obligatorisch; die Versicherungsanstalten hätten enorme Einnahmen und verwendeten einen Theil davon zur Errichtung von Sanatorien für schwindsüchtige Arbeiter, deren es schon 83 gebe, und welche bereits unbestreitbare, ausgezeichnete Erfolge aufwiesen. Allerdings sei das eine „interessirte" Philanthropie, weil die staatliche Versicherung finanziell besser dabei wegkommt, wenn sie schwindsüchtige Arbeiter im Anfangsstadium heilt, als wenn sie ihnen, nachdem sie arbeitsunfähig geworden, längere Zeit Rente zahlen muß. „Unsere Nachbarn sind also, sagte Dr. Brouardel, uns voraus, wenigstens was den Kampf gegen die Tuberkulose bei Erwachsenen angeht. Dagegen treffen wir mehr Vorsorge für schwindsüchtige Kinder . . . Ich hoffe, wir werden bald dahin gelangen, es den Deutschen gleich zu thun."

— Oesterreich-Ungarn. Die Armeeverwaltung Oesterreich-Ungarns hat ihre als aussichtslos erkannte erste Wehrvorlage, durch welche die Erhöhung des Präsenzstandes der Armee um 60 000 Mann bei Gelegenheit der Forderung für die Neubesetzung der Haubitzbatterien ganz nebenbei bewirkt werden sollte, zurückgezogen und an deren Stelle ein ordentliches Rekrutirungsgesetz eingebracht. Der Gesetzentwurf nimmt eine Erhöhung des gemeinschaftlichen Rekrutenkontingents um 22 000 Mann in Aussicht, was bei der dreijährigen Dienstzeit eine Vermehrung der Präsenzstärke um 66 000 Mann bedeutet; ferner sollen die österreichische Landwehr um 4500 und die ungarische (Honved) um 3000 Mann verstärkt werden. Außerdem sieht die Vorlage die Heranziehung der diesjährigen Ersatzreserve in der Zahl von 6000 Mann zur Bedienung der neuen Haubitzbatterien vor, so zwar, daß je ein Drittel dieser Ersatzreservisten in den nächsten beiden Jahren zur vorzeitigen Entlassung kommen soll.

— Rußland. Einer der einflußreichsten Männer, der Oberprokurator des heiligen Synod, Pobedonoszew, will zurücktreten. Er hat, wie der „Köln. Ztg." aus Petersburg gemeldet wird, mit Rücksicht auf sein hohes Alter und seinen Wunsch, seine letzten Lebensjahre in Ruhe zu verleben, um Enthebung von seiner Stellung gebeten. Kaiser Nikolaus habe das Gesuch bewilligt. Man erwartet zu Neujahr die amtliche Bekanntgabe. Als sein Nachfolger wird das Mitglied des Reichsrathes Graf Sergius Scheremetjew genannt.

— England. Sandringham, 11. November. Wie nunmehr festgesetzt ist, wird Kaiser Wilhelm am Sonnabend Vormittag 11 Uhr von Welferton abreisen und sich nach Lowther Castle, dem Sitz des Earl of Lansdowne, begeben, wo der Kaiser um 7 Uhr Abends eintrifft. Heute früh begaben sich die Majestäten und die Gäste auf die Rebhuhnjagd. Das Frühstück wurde in einem Zelt eingenommen. Für morgen ist eine große Jagdpartie in Aussicht genommen.

— London, 10. November. Im Unterhaus fragt Denny (l.) Cranborne, ob ihm bekannt sei, daß britische Truppenverstärkungen auf einem subventionirten deutschen Postdampfer nach Berbera geschickt würden. Cranborne erwidert: Ja, es werden Verstärkungen nach dem Somalilande mit dem ersten verfügbaren und für diesen Zweck geeigneten Dampfer abgesandt.

— Italien. Rom, 10. November. Die „Agenzia Stefani" meldet: In der Angelegenheit der Seeräuberei im Rothen Meere ist ein Abkommen zwischen Italien und der Türkei auf folgenden Grundlagen abgeschlossen worden: Alle in der Umgebung von Midi eingeschlossenen Seeräuber-Schaluppen werden zerstört oder dem Kommandanten Arnone ausgeliefert. Die türkischen Behörden werden diejenigen Seeräuber, welche türkische Unterthanen sind, exemplarisch bestrafen. Die von Arnone bezeichneten Seeräuber, welche nach der italienischen Kolonie Erythräa zuständig sind, werden von der Pforte binnen zwei Monaten nach Massauah ausgeliefert. Die Pforte verpflichtet sich, in Zukunft die Seeräuberei mit der größten Energie zu ahnden. An die Familien der beiden in Midi getödteten Seeleute wird eine Entschädigung von 15 000 Francs bezahlt; für die bereits früher geschädigten italienischen Unterthanen in der erythräischen Kolonie wird eine Zahlung von 19 600 Francs geleistet. Die Segelschiffe aus Erythräa genießen künftig seitens der Türkei dieselbe Behandlung wie die Schiffe der meistbegünstigten Nationen. In Folge des vorstehenden Abkommens hat die italienische Regierung den Kommandanten Arnone angewiesen, sich wegen schleuniger Durchführung desselben mit den Lokalbehörden ins Benehmen zu setzen. Sodann wird Arnone mit den seinem Befehle unterstehenden Schiffen sowie mit den den Seeräubern weggenommenen Schaluppen nach Massauah zurückkehren.

— Spanien. In Spanien ist wieder einmal eine Ministerkrisis ausgebrochen. Ministerpräsident Sagasta hat dem König das Entlassungsgesuch des gesammten Kabinets überreicht. Der König hat Sagasta erklärt, er werde hinsichtlich der Vertrauensfrage seine Entschließung treffen. Die Kortes stellen ihre Sitzungen bis zur Lösung der Krisis ein. Ueber den Grund der Krisis meldet „Wolffs Bureau": Die Hauptschwierigkeit bildet die Vorlage, betreffend das Rekrutenkontingent, welche die Kammern vor dem 31. Dezember d. J. genehmigen müssen.

— Portugal. Aus Portugal wird über eine Armee-Kundgebung politischen Charakters berichtet. Nach dem Madrider „Imperial" ist die portugiesische Armee unzufrieden über den Gang der Staatsgeschäfte, und gewisse, sehr hervorragende Offiziere sind entschlossen, zum öffentlichen Wohl, wie sie sagen, eine militärische Kundgebung zu veranstalten, um dadurch die Politiker zu nöthigen, gerechter zu handeln. Der portugiesische Kriegsminister hat Maßnahmen getroffen, um die Kundgebung zu verhindern, aber es erscheint fraglich, ob diese Maßregeln wirksam sein werden.

## Locale und sächsische Nachrichten.

— Eibenstock. In der letzten zahlreich besuchten Versammlung des hiesigen Ev. Arbeitervereins sprach Herr Sattlermeister Müller im Anschluß an eine Schrift des bekannten Pfarrers Naumann über den „Werth der Schwachen für die Gesammtheit". Bei der Wichtigkeit dieser Grundfrage für eine richtige Auffassung der socialen Fürsorge lohnt es sich schon, auf den entwickelten Gedankengang näher einzugehen. Die Menschheit, so führte der Referent aus, ist mehr geneigt, von den Helden und Uebermenschen zu reden, als den Blick der großen Masse zuzuwenden und vollends der alleruntersten Schicht der Bevölkerung, die man nur für überflüssig und für einen Krebsschaden der Volkswirthschaft anzusehen gewohnt ist. Also es soll geredet werden von Allen denen, die der öffentlichen Fürsorge anheimfallen, von den hilflosen Kranken, Krüppeln, Verkommenen, Landstreichern und den großen Schaaren derer, aus denen sich hauptsächlich das große Kontingent der Verbrecher zu rekrutiren pflegt. Freilich wer nur einigermaßen der Lehre des Christenthums in seinem Herzen Raum gegönnt hat, wird auch in diesen Aermsten noch solche erblicken, welche dazu berufen sind, Gottes Kinder zu heißen, und wird es nicht mit der christlichen Nächstenliebe vereinbarlich finden, wenn solche einfach ihrem leib-

SLUB
Wir führen Wissen.